

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

Sitzung vom 13. September 2023

**1054. Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und
Erwerbstätigkeit (Vernehmlassung)**

Mit Schreiben vom 21. Juni 2023 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE, SR 142.201). Mit der Änderung von Art. 30a VZAE wird die Motion 22.3392 der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates betreffend Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen umgesetzt, die den Bundesrat beauftragt hat, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zur beruflichen Grundbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers erleichtert wird.

Gemäss der Vorlage müssen Personen, die eine berufliche Grundbildung absolvieren möchten, statt wie bisher während fünf Jahren nur noch während zwei Jahren die obligatorische Schule in der Schweiz besucht haben, um ein Härtefallgesuch einreichen zu können. Ausserdem wird die Frist für die Einreichung eines solchen Gesuchs von einem auf zwei Jahre verlängert. Die geltenden Integrationskriterien und die übrigen Voraussetzungen für die Erteilung einer Härtefallbewilligung, die im Ausländer- und Integrationsgesetz (SR 142.20), im Asylgesetz (SR 142.31) und in der VZAE geregelt sind, werden beibehalten, so insbesondere auch die Mindestaufenthaltsdauer in der Schweiz von fünf Jahren bei weggewiesenen Asylsuchenden.

Auf Antrag der Sicherheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, 3003 Bern (Zustellung auch per E-Mail als PDF- und Word-Version an vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch):

Mit Schreiben vom 21. Juni 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und können Ihnen mitteilen, dass wir mit den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich einverstanden sind.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Regierungsrates sowie an die Sicherheitsdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli